

Dirndl & Leberkäs als Lösung?

Der Begriff „Integration“ steht für die einseitige Verpflichtung von MigrantInnen, sich anzupassen. Woran sie sich genau anpassen sollen, ist unklar. Migration ist erwünscht, wenn profitabel – für Unternehmen und das Pensionssystem. Aber Rechte sollen MigrantInnen nicht haben. Mit Dirndl, Trachtenanzug und Lipizzanern gegen soziale Probleme?

Seite 2

Irland: Weg mit dem 8. Amendment!

Am 28. Oktober kam der „Abortion Pill Train“ in Dublin an – eine Aktion für das Recht auf Abtreibung. Angeführt wurde die Aktion von ROSA ("für Reproduktionsrechte, gegen Unterdrückung, Sexismus und Sparpolitik"), einer sozialistischen Organisation, die für Frauenbefreiung kämpft, und die von Frauen der Socialist Party (CWI in Irland) initiiert wurde.

Seite 12

Schwerpunkt

Im gesamten Gesundheitswesen wird gekürzt. Wir werden kranker, obwohl viele Krankheiten längst Geschichte sein könnten. Weil im Kapitalismus auch Gesundheit nur eine Ware ist. Seiten 7-10



VORWÄRTS SLP)

Normalpreis €1,-
Solipreis €2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983 Nr. 234 | 12.14 - 01.15

Schluss mit dem Kaputt-Sparen!

Jeden Tag neue Vorschläge, wie uns das Geld gestohlen, den Reichen aber gegeben wird. Wir sollen bis zu 12 Stunden pro Tag arbeiten. Das Pensionsalter soll automatisch an die Lebenserwartung angepasst werden – ein besonders ekelhafter Vorschlag, denn Reiche werden älter, Arme sterben früher. Arbeitslosen soll „mehr zugemutet“ werden. Als ob ein einziger Job dadurch geschaffen würde, wenn man noch weiter pendeln muss. Auch wenn ältere Beschäftigte leichter gekündigt werden dürfen entsteht dadurch kein Arbeitsplatz. Auf jede offene Stelle kommen weit mehr

den wenig, ihnen geht es um Kostensenkung. Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung unterstützen die diversen Freihandelsabkommen wie TTIP, TISA und CETA. Die haben alle eines gemeinsam: Bei Arbeitsschutz-, Umweltschutz- und Sozialgesetzregelungen wird nach unten angepasst. Mitspracherecht oder Protestmöglichkeit für Gewerkschaften und Betriebsräte: Null!

Und wenn Banken künftig krachen, dann wird der Staat sicher einspringen, um sie zu retten – die Einlagen der kleinen SparerInnen schützt er künftig aber nicht mehr!

Osterhase Faymann und Weihnachtsmann Mitterlehner tun alles, um die Wünsche der Wirtschaft zu erfüllen.

als zehn Arbeitslose. Diese Vorschläge verschlimmern die Lage noch, da sie hunderttausende Jobs vernichten. Doch das kümmert die Herrschen-

Es wird alles getan, um die heimische Wirtschaft zu stützen. Im Klartext bedeutet das: Es wird alles getan, um Löhne und Sozialausgaben zu redu-



zieren, um billiger anbieten zu können als die Konkurrenz. Das würde dann einen Aufschwung bringen, von dem wir alle profitieren. Genau dieses Märchen hören wir immer wieder. Doch in der Realität werden wir auf den Sankt-Nimmerleins-Tag vertröstet. Und während Unternehmen und Reiche schon nicht mehr wissen, wohin mit ihrem Geld, sollen wir ihre Zechen bezahlen.

Doch es reicht! Die Wut über übererte Mieten, Hungerlöhne, über lange Wartelisten auf Operationen und fehlende Jobs steigt. Das Fass ist übervoll. Diese Wut in Widerstand zu verwandeln – das ist dringend notwendig. Sei wütend! Organisiere dich! Wehr dich! Werde mit uns gemeinsam aktiv gegen die himmelschreiende Ungerechtigkeit dieses Systems!

Sonja Grusch

Die SLP fordert:

- Schluss mit der Sparpolitik!
- 10 Milliarden für Bildung und Soziales!
- Spekulanten enteignen!
- Öffentliches Wohnbauprogramm!
- Nicht um Almosen bitten – Verbesserungen erkämpfen!



von Sonja Grusch Die Realität der österreichischen Innenpolitik ist absurd: Ein Parteivorsitzender, der in der schrumpfenden Parteibasis um Zustimmung fleht, ein anderer, der über ein 5-Minuten-Umfrage-Hoch jubelt. Eine (ex) Klubchefin, die gar nicht genug Beziege kassieren kann. Ein Parteichef, der Kastanien besingt. Eine Partei, wo eine besoffene Funktionärin durch den Ort schwankt, ein anderer auf Leute schießt und ein weiterer mit Nazi-Postings auffällt. Sie alle beweisen: PolitikerInnen verdienen sicher nicht deshalb so viel, weil sie besonders intelligent oder qualifiziert wären.

Der Besenstiel-Effekt

Und dennoch werden sie gewählt. Wir haben das schon vor Jahren als „Besenstiel-Effekt“ bezeichnet. Selbst ein Besenstiel wird gewählt, aus Protest über die anderen Parteien. Die Wahl von neuen, häufig eigenartigen Personen und Listen ist kein österreichisches Phänomen. Ihre Kurzlebigkeit auch nicht. Dass sie sich nicht halten werden können, liegt nicht daran, dass die etablierten Parteien irgendwie inhaltlich oder personell besser wären. Bei den „Neuen“ sind die Inhalte allerdings noch schwammiger. Sie können nicht einmal auf die Tradition einer Ideologie zurückgreifen, sondern nur auf ein paar Schlagwörter. Die etablierten Parteien haben außerdem mehr Übung, einen etablierten Apparat, sind bekannter und haben „Verbindungen“. Doch gewählt werden sie bestenfalls noch als kleineres Übel.

Der Wunsch nach etwas wirklich Neuem ist groß. Hier könnten jene Teile der Linken ansetzen, die ernsthaft den Aufbau einer echten sozialistischen ArbeiterInnenpartei anstreben: ein sozialistisches Programm, GewerkschafterInnen und BetriebsräteInnen, die für ihre Kampfbereitschaft und nicht für faule Kompromisse bekannt sind, AktivistInnen in den Protesten der letzten Jahre – das sind die Zutaten für etwas wirkliches, etwas langlebiges Neues.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP),
Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien,
Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 08202021 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

Neues „Islamgesetz“: Meilenweit am Ziel vorbei

Das neue Islamgesetz stellt mit schwammigen Formulierungen MuslimInnen unter Generalverdacht und behandelt den Islam anders als andere Religionen. Fundamentalismus kann aber nicht mit Überwachung und Repression verhindert werden. FundamentalistInnen gibt es in allen Religionen, er ist meist das Produkt von Diskriminierung und sozialen Problemen. Es muss z.B. massiv in das öffentliche Bildungswesen investiert werden und Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung Allen kostenfrei möglich sein. Staat und Religion sind endlich zu trennen. Religion – egal welche – ist Privatsache und hat in Kindergarten und Schule nichts verloren. Die Regierungspolitik ist heuchlerisch: Einerseits Anlassgesetzgebung, andererseits Kürzungen und Privatisierungen im Bildungswesen, wodurch religiöse Institutionen zum Zug kommen.



Dirndl & Leberkäs als Lösung?!

Es werden ein paar VorzeigemigrantInnen präsentiert, die „stolz“ auf Österreich sind. So wird die tägliche Diskriminie-

weil sie sich nicht „integrieren“ würden.

Dabei ist genug Geld da, um alle sozialen Probleme zu beseitigen – in der Pa-

– aber mit unterschiedlichem Zugang, wie das zu erreichen sei.

Tatsächlich schürt die Regierung durch ihre Politik religiösen Fundamentalismus und Rechtsextremismus: Wo es an öffentlicher Kinderbetreuung mangelt, springen religiöse Einrichtungen ein. Wo es keine Job- und Zukunftsperspektive gibt, greift religiöser Fundamentalismus bzw. Rechtsextremismus den berechtigten Zorn auf. Daher braucht es eine sozialistische ArbeiterInnen-Partei und demokratische und kämpferische Gewerkschaften, um die Wut in Widerstand gegen die kapitalistische Ungerechtigkeit zu verwandeln.

Helga Schröder

„#stolzdrauf“ ist die Illusion vom amerikanischen Traum auf österreichisch.

ung geleugnet und die Schuld an sozialer Misere auf Betroffene abgewälzt. 1,2 Millionen Menschen sind von Armut betroffen, Wohnen ist für immer mehr Menschen unleistbar; über 400.000 Menschen sind ohne Job. Den Betroffenen – „ÖsterreicherInnen“ und MigrantInnen – wird vermittelt, sie seien selbst schuld. Im Fall von MigrantInnen,

parallelgesellschaft der kleinen Elite von Superreichen. Rechtsextreme lehnen „Integration“ an sich ab. Der von Kurz vertretene Teil der Herrschen den setzt ebenso auf Spaltung, und zwar durch „wer sich nicht integriert, ist selbst schuld“. In beiden Fällen geht es v.a. darum, das Optimum für den Wirtschaftsstandort Österreich herauszuholen



Armut macht radikal – so oder so...

Aus Österreich gehen Jugendliche für den IS kämpfen: 74% von ihnen haben keinen Schulabschluss, 94% keine abgeschlossene Berufsausbildung, die meisten waren arbeitslos. Kampf gegen Fundamentalismus und für Integration braucht daher die Organisierung von allen, die von der sozialen Misere betroffen sind – egal welcher Herkunft und Religion. Die abgehobene Gewerkschaftsführung ignoriert das weitgehend. Jobs,

Wohnung und Bildung für Alle, unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus oder Religion sind nötig, um wirkliche Integration herzustellen. Nur volle soziale und demokratische Rechte für alle hier lebenden Menschen können verhindern, dass Jugendliche in die Arme des religiösen Fundamentalismus getrieben werden und besonders junge Frauen in Abhängigkeit reaktionärer Familienstrukturen gefangen sind.



Der rechte Rand

Sobald eine neue Sau durch die krude Welt der Rechten getrieben wird, springen die heimischen Recken auf. Am derzeit hipsten unter den selbsternannten „wahren Patrioten“ in rot-weiß-rot: „Hooligans gegen Salafisten“.

Im Zuge der gewalttätigen HoGeSa-Demo in Köln von Oktober begannen sich auch hier die Retter des Abendlands via Facebook zu formieren: Aktivisten des früheren Austria-Fanklubs „Unsterblich“, verurteilte Wiederbetätiger der „Nationalen Volkspartei“ (NVP), verurteilte Administratoren der eingestellten neonazistischen Website „alpen-donau.info“, (vorübergehend) auch RFJ-, RFS- und FPÖ-Funktionäre, bis hin zum Ex-FPÖ-Parlamentarier Werner Königshofer.

Und: Natürlich sind die „Identitären“ mit von der Partie, auch wenn sie es dementieren. Es ist kein Zufall, wenn ihr Slogan „Heimat, Freiheit, Tradition“ nebst Lambda-Logo bei den HoGeSa-Krawallen auftaucht, oder wenn sich Nazi-Gruppen wie die „German Defence League Köln“ in die „Identitäre Bewegung Rheinland“ eingliedern. Diese wiederum hält enge Kontakte zur IB Österreich.

Dennoch musste die HoGeSa-Bewegung zuletzt Rückschläge einstecken. Nicht nur, dass die groß angekündigte Demo in Hannover vom 15.11. schlechter besucht war als erwartet und über den Busbahnhof nicht hinauskam. In Österreich verschwanden die anfangs populären Hooligan-Seiten auf Facebook nacheinander wieder. Auch die von Hools beworbene Anti-Islam-Demo der FPÖ in Wien-Simmering am 6.11. war eher ein Flop.

Entwarnung ist dennoch nicht angesagt – es gärt weiterhin im braunen Sumpf.

Alexander Svojtko

Stillstand im Flüchtlings-Elend

Das Grauen des Bürgerkriegs in Syrien steht uns Allen vor Augen. Millionen mussten alles zurücklassen und flüchten.

tivisten werden weiter als „Schlepper“ vor Gericht gezerrt.

An der Unterbringung der AsylwerberIn-

solcher Lager fort. „Aufnahmezentren“ in Österreich funktionieren wie Gefängnisse mit offenem Vollzug.

meisten AsylwerberInnen auch keine „Almosen“. Vom Arbeitsverbot profitieren Unternehmen, die die Not der Menschen ausnutzen und sie für wenig Geld und ohne Sozialabgaben und Steuern beschäftigen.

Die Unterbringung in anderen Massenquartieren wäre nur eine Verlagerung des Elends, sicher aber keine menschenwürdige Lösung. Die Flucht muss hier eine Ende haben: Unterbringung in normalen Wohnungen sollte selbstverständlich sein, denn die beschränkten Rechte für AsylwerberInnen stufen sie zu Menschen zweiter Klasse ab. Zentral ist hier die Forderung nach einem vollen Recht auf Arbeit. Zum einen reicht das Taschengeld (40 €/Monat) für gar nichts, zum anderen wollen die

Das ist schlecht für die AsylwerberInnen und für andere ArbeiterInnen, die in Konkurrenz zu ihnen gezwungen werden. Notwendig sind gleiche Rechte für alle, die hier leben, und der gemeinsame Kampf für Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung. Wird gemeinsam für Soziales gekämpft, dann werden Abschiebungen durch die Regierung künftig schwerer.

Tilman M. Ruster

Traiskirchen ist der Gradmesser für die Verlogenheit der Asyl-Politik von Mikl-Leitner.

Vor allem wegen solcher Bilder klingt die Debatte um Flüchtlinge anders als vor einem Jahr. Innenministerin Mikl-Leitner gibt sich weniger als Mauer gegen Flüchtlinge denn als Vorkämpferin für deren Unterbringung. Das ändert aber nichts an ihrer Politik: Abschiebungen, auch von Menschen aus Syrien, finden weiter statt und Flüchtlingsak-

nen hat sich seit Jahren nichts geändert, auch wenn das Innenministerium hier geschäftig tut. Klagen über Überfüllung in Traiskirchen sind so alt wie das Lager selbst. Zusammengepfercht und drangsaliert durch private (=gewinnorientierte) Sicherheitsdiensste setzen sich das Trauma von Vertreibung und Flucht für die „Insassen“

Zahlen und Fakten zu Asyl

Laut Innenministerium (BM.I) sind bis Oktober 2014 fast 35 % mehr Asylanträge gestellt worden als 2013; insgesamt 19.374 Anträge. Das entspricht der durchschnittlichen Zuschauerzahl bei einem Rapid-Spiel. Ca. 82.000 MillionärInnen gibt es in Österreich (Valluga; 2013) – viermal so viele wie Asylanträge. FlüchtlingsaktivistInnen werden als „Schlepper“ angeklagt, aber die korrupte Elite bleibt ungeschoren.

Alleine aus Syrien sind bisher ca. drei Millionen Menschen geflohen (Caritas), über eine Millionen davon sind im Libanon untergekommen. Libanon hat gerade einmal fünf Millionen EinwohnerInnen. Von einer „Asylflut“ in Österreich kann keine Rede sein. Dennoch fanden in Österreich 2013 im Schnitt 5,3 Abschiebungen pro Tag statt. Zusätzlich wurden 9,6 Personen/Tag zur „freiwilligen Ausreise“ gezwungen (BM.I).

2.000 Gemeindebauten gibt es in Wien; würden zwei Wohnungen pro Gemeindebau für jeweils 5 Personen bereit gestellt, wäre die Unterbringung erreicht. Außerdem stehen derzeit ca. 80.000 Wohnungen zu Spekulationszwecken leer (Statistik Austria). In anderen Städten ist die Situation ähnlich. Leerstehende Wohnungen müssen enteignet werden und neuer Wohnraum öffentlich gebaut werden. Nicht nur

für AsylwerberInnen sondern für uns alle. Am Geld scheitert es nicht: Die Handvoll MillionärInnen besitzt 262 Milliarden Euro – Immobilien großteils nicht mitgerechnet. Zum Vergleich: Asylunterkünfte erhalten pro Flüchtling 17 €/Tag. Dazu kommen die 40 € Taschengeld/Monat. Das reicht kaum für das Nötigste. Doch wenn sich Flüchtlinge nicht alles gefallen lassen, werden sie schikaniert, bestraft und abgeschoben.

Der Streik bei der Deutschen Bahn, organisiert von der GDL (Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer), polarisierte im November. Die Medien hetzten ungewöhnlich scharf gegen den Streik und den GDL-Vorsitzenden Wesselsky. Teil dieser Hetze war auch der DGB (das deutsche Gegenstück zum ÖGB). Ein Vorgeschnack auf kommende Angriffe auf Klassenkämpfe! Denn die GDL zeigt, wie ein kämpferischer Streik aussehen kann und sie zeigt dem DGB seine Fehler und Mängel auf. Erstmals seit vielen Jahren wurde offensiv für eine Lohnerhöhung und eine Verkürzung der Arbeitszeit gestreikt. Die LokführerInnen

Frisch gekämpft, ist halb gewonnen!

kämpften nicht nur für sich, sondern auch für Verbesserungen für die ZugbegleiterInnen und zeigten damit aktive Solidarität. Und es war ein politischer Streik gegen die Angriffe auf das Recht zur gewerkschaftlichen Organisierung und das Streikrecht. Ein wichtiges Kampfinstrument war die Streikzeitung „JA zum GDL-Arbeitskampf - NEIN zum Tarifeinheitsgesetz“. Die erste Ausgabe erschien in einer Auflage von 65.000 Stück während des Streiks. Sie stellte ein Bindeglied zwischen linken AktivistInnen, GewerkschafterInnen, den streikenden KollegInnen und Fahrgästen bzw. ArbeiterInnen aus anderen Bereichen dar. Mit ihrem kämpferischen Auftreten konnte die GDL in den letzten Jahren immer wieder Verbesserungen für die KollegInnen erkämpfen. Statt unsolidarisch der GDL in den Rücken zu fallen, sollte sich der DGB (und der ÖGB) lieber ein Beispiel daran nehmen!

Sebastian Kugler

Personalvertretungswahlen in Bund & Ländern

Ende November wählten die Beschäftigten von Bund und Ländern ihre Personalvertretung. Zusammengenommen sind in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst - GÖD. Nicht dabei sind die Beschäftigten der Gemeinden, die sind in der GdG. Damit können sich SPÖ (GdG) und ÖVP (GÖD) die Einflussbereiche aufteilen. Der Öffentliche Dienst war in den letzten Jahren führend bei Verschlechterungen. Was in der Privatwirtschaft undenkbar

ÖGB. Seit 1999 ist der Personalstand des Bundes um 36.600 Beschäftigte gesunken. Nebenbei Arbeitsplätze, die hinsichtlich der verheerenden Arbeitslosenzahlen ganz offenbar fehlen! Personalvertretung (PV) und GÖD treten in vielen Bereichen als Co-Management auf. Die Grenzen zwischen Personalvertretung und -leitung verwischen sich oft. Was manchmal noch ohne Parteibuch geht, geht sicher nicht ohne GÖD-Mitgliedschaft und



**Wir wollen eine echte
Vertretung! Schluss mit
Co-Management und
ewigen Verschlechterungen!**

wäre, ging hier fast ohne Widerstand durch: Null-Lohnrunden, Mehrarbeit, erhöhter Arbeitsdruck durch Aufnahmestopp und Nichtnachbesetzung, Kettendienstverträge, prekäre Beschäftigungsverhältnisse.

Offiziell ist die GÖD mit rund 235.000 Mitgliedern nach der GPA die zweitgrößte Gewerkschaft im

besonders im Karriere-Bereich. Dazu kommt, dass weiter ausgegliedert und abgebaut wird. Wer bleibt „durf“, entscheidet - wie kann es anders sein - die PV. Insofern trägt die GÖD viele Elemente einer Unternehmergewerkschaft aber nur wenige einer echten, kämpferischen und demokratischen Gewerkschaft in sich.

Trotzdem gibt es aktuell keine Alternative zur GÖD. Obwohl die ÖVP die GÖD dominiert und kontrolliert, ist die SPÖ in keiner Oppositionsrolle und schon gar keine Alternative. Beide sind zutiefst undemokratisch und selbstherrlich. In manchen Bereichen gibt es Oppositionslisten, oft die Unabhängigen Gewerkschaf-

terInnen (UG). Neben administrativen Schranken kommt auch noch dazu, dass sich Viele aus Angst nur zur VP oder SP deklarieren. Nichtsdestotrotz gibt es viele zu Recht unzufriedene KollegInnen. Sie sind das Potential für eine neue, echte Gewerkschaftsalternative, die es aufzubauen gilt.

Albert Posnanski



ArbeiterInnenklasse: Mehr als Muskelmann mit Vorschlaghammer...

Die große Schlacht ist erfolgreich geschlagen. Die Löhne der Metaller steigen um 2,1 %. Über das Vierfache dessen, was die Industriellen vorgeschlagen haben. So viel zur Traumwelt des Gewerkschaftskopfes. In der Realität jedoch schürt dieses Ergebnis wieder die Wut auf eine zahnlose Gewerkschaft. Wenn man sich im Betrieb umhört, dann denken Viele an Austritt. Der Metallerabschluss ist Messlatte für andere Beschäftigte,

darunter viele in Teilzeit. Denen reicht ein Abschluss unter der echten Inflation noch weniger. Der gutbezahlte männliche Industriearbeiter mit lebenslangem 40-Stunden-Job wird zur Ausnahme. Dennoch orientiert sich die Gewerkschaftsführung v.a. an diesem Bild.

Doch selbst in dessen Leben und Probleme kann sich ein ÖGB-Chef mit einem Gehalt von 120.000 € im Jahr schwer hineinversetzen. Ausgestattet mit

Privilegien, befreundet mit UnternehmerInnen und deren Vertretung, lebt die Gewerkschaftsführung in einer Parallelwelt. Deshalb dürfen unsere InteressensvertreterInnen auch nicht mehr verdienen als die Menschen, die sie vertreten! Damit „Die Gewerkschaft“ unsere Gewerkschaft nicht umbringt, müssen wir die Macht über Entscheidungen aus den Händen der selbstzufriedenen BürokratInnen nehmen.

Thomas Hauer

Im ganzen Land: Solidarität mit Kobanê

Am 11. fanden österreichweit Proteste in Solidarität mit der von KurdInnen gegen den IS (Islamischen Staat) verteidigten Stadt Kobanê statt. Alleine an der Demonstration in Linz beteiligten sich mehr als 500 Menschen. In Salzburg waren es weitere 250. Auch in Wien fand eine Kundgebung mit mehreren hundert TeilnehmerInnen am Stephansplatz und eine anschließende Demonstration zum Haus der EU statt. Die SLP war wichtiger Teil dieser Demonstrationen – als Teilnehmerin, Organisatorin, Initiatiorin. In Wien organisierten wir die Demonstration zum Haus der EU. Dies stellten wir in Verbindung mit dem Kampf gegen den IS hierzulande. Da nach Aussagen der EU (!) Firmen und Staaten (aus) der EU mit dem IS Geschäfte machen, verlangen wir zu wissen, wer das ist – und fordern deren Enteignung. In Salzburg wurde auf Initiative der SLP zum ÖGB marschiert – dort forderten SLP-RednerInnen u.a. die Offenlegung aller Unternehmensunterlagen, um zu wissen, wer mit dem Krieg in Syrien Profite macht.

Die Rede des SLP-Sprechers Flo Klabacher in Linz betonte auch, dass der Kampf gegen den IS in Österreich ein Kampf gegen die Ausgrenzung von Mus-

limen und Muslimas sein muss: „Anstatt gegen sie zu hetzen, muss der gemeinsame Kampf von muslimischen und nichtmuslimischen ArbeiterInnen und Jugendlichen gegen Sozialabbau und soziale Perspektivlosigkeit im Vordergrund stehen.“ Dieser Ansatz findet gerade unter Jugendlichen mit migrantischem Hintergrund große Unterstützung.

Des Weiteren machten wir klar, dass ein Bündnis mit imperialistischen Kräften, wie der US-Regierung, der EU, aber auch der österreichischen Regierung nicht zu Frieden und Demokratie führen wird, sondern die internationale ArbeiterInnenbewegung die wirklichen BündnispartnerInnen sein müssen. „Der Kapitalismus und der Imperialismus sind schuld an der Situation und haben den IS groß gemacht.“, stellte SLP-Aktivistin Sonja Grusch auf der Demonstration in Wien klar.

Die SLP war und ist Teil der Proteste, aber auch von Solidaritätsaktionen z.B. für die Flüchtlinge. Die Aktionen waren ein wichtiges Zeichen, müssen aber international mit antiimperialistischem und antikapitalistischem Charakter weitergeführt werden, um erfolgreich zu sein.

Lukas Kastner

Videos und ausführliche Statements zu Kobanê auf www.slp.at



Es reicht - Löhne rauf!

Für den 21.11 organisierte das Aktionsbündnis "Nein zum 12-Stunden-Tag" einen Sternmarsch ausgehend aus drei der ärmsten

Bezirke Wiens. Der laute, bunte und lebendige Demozug inklusive einer Fahrradrikscha und unseren neuen Fahnen zog vom Wal-

blättern. Der laute, bunte und lebendige Demozug inklusive einer Fahrradrikscha und unseren neuen Fahnen zog vom Wal-

Das reichste 1 % in Österreich besitzt 38 % des Vermögens, also 469 Milliarden Euro!

Bezirke Wiens. Das von der SLP initiierte Aktionsbündnis besteht aus über 20 verschiedenen Organisationen. Anlass für die Demo waren die steigenden Lebenskosten und Mietpreise, denen aber keine steigenden Löhne und Gehälter gegenüberstehen.

Die SLP mobilisierte einen Monat lang in Wien Brigittenau (20. Bezirk) mit Kundgebungen und Flug-

lensteinplatz los. Wir legten einen Schwerpunkt auf Inhalte. „Das ist wie eine Kundgebung im Gehen“ erklärte ein Teilnehmer. Kurze Reden über die sozialen Probleme und unsere Forderungen wechselten sich mit Sprechchören wie "Keine Profite mit der Miete" ab.

Am Rand wurden Zeitungen verkauft und Flyer verteilt. Die Menschen reagierten

sehr positiv und zustimmend auf unseren Slogan: "Löhne und Gehälter rauf, Mieten und Preise runter!". Viele BewohnerInnen des 2ten und 20igsten Bezirks applaudierten aus den Fenstern, kamen aus den Geschäften, um mit den AktivistInnen zu diskutieren und gingen ein Stück auf der Demo mit. SLP-Redner Sebastian Kugler stellte in seiner Abschlussrede den Bezug zu Bewegungen in anderen Ländern her. Alles in allem eine untypische, aber großartige Demo.

Sedef Yavuz

„Nazig'sindel raus aus dem Bierstindl!“

Nazi-Vandalismus in Telfs, Schüsse auf Flüchtlingsheim in Fieberbrunn – Rechtsextreme werden in Tirol immer aktiver. Nach der Neuübernahme des Innsbrucker „Kulturgasthauses“ Bierstindl finden die Rechtsextremen dort einen Treffpunkt. Vor fünf Jahren war das Bierstindl noch Ausgangspunkt antifaschistischer Demonstrationen und galt als offen und fortschrittlich. Nun trifft sich z.B. die deutsch-nationale Burschenschaft

Suevia dort. Ein Besuch von HC Strache am 11.11. wurde mit einer lautstarken antifaschistischen Gegendemonstration beantwortet. 3-400 folgten dem Aufruf des Bündnisses „Innsbruck gegen Faschismus“. Eine Gruppe von SLPlerInnen plus UnterstützerInnen war mit Flyern, Fahne und Transparent „Gemeinsam gegen rechte Hetze“ vertreten. Und werden auch weitermachen...

Andreas Sauter

Fundstück des Monats

PREMIUM
Immobilien Investment



Attraktives Zinshaus-Investment
gasse in 1180 Wien

Mit einer Beteiligung an der gasse erzielen Sie als grundbürgerlich sichergestellter Eigentümer der Liegenschaft Einkünfte aus Vermietung, beziehen Fördermittel des Landes Wien und profitieren vom Wertsteigerungspotential Ihres Hauses sowie von den steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten.

Wohnungsnot schafft Profite

Firmen wie „Premium Immobilien Investment“ werben damit, dass durch den Wohnungsmangel Mieten und Wohnungspreise weiter ansteigen werden. Als extra Anreize für jene mit dem nötigen Klein(?)Geld werden öffentliche Fördermittel und Steuerersparnisse angeführt. Die Öffentliche Hand baut nicht – die WohnungsspekulantInnen freut's. Auf unsere Kosten...

Die 2004 vom Satire-Magazin „Titanic“ gegründete PARTEI will nun auch in Österreich durchstarten. Endlich mal kein Milliardär mit Visionen oder die nächste rechte Söldnertruppe! In Deutschland gelang bei den EU-Wahlen die Sensation: ein Sitz im EU-Parlament. In Ostdeutschland erfolgreicher als die Superreichen-Partei FDP (mit NEOS vergleichbar), in der öffentlichen Wahrnehmung an den „Piraten“ vorbeizogen. Respekt!

Dann kommt aber der Spielverderber in mir hoch: Braucht es DAS, wo uns doch eine richtige ArbeiterInnenpartei fehlt? Nun, die bürgerliche Parteienlandschaft

Rote Seitenblicke

hat sich DIE PARTEI redlich verdient. Ob bei Talkshows, in Interviews oder durch grandiose Wahlplakate („Inhalte überwunden!“): DIE PARTEI sticht alle etablierten Kräfte aus. Dass die Gefahr besteht, Satire von der Wirklichkeit kapitalistischer Pseudo-Demokratie nicht mehr unterscheiden zu können, ist der PARTEI egal. Dass sie keine Alternative zum Einheitsbrei aufbaut, sondern ihn nur lächerlich macht, ist der PARTEI auch Wurst. Tatsachen. Darüber ärgern bringt nichts. Es lustig finden – auf Dauer wahrscheinlich auch nicht. Das Dilemma der Satire an sich wird offenbar: Anstoß zum Umstoß oder Überdruck-Ventil. Da gibt's einen mehr als feinen Unterschied!

Nichtsdestotrotz: So mancher Vorschlag der PARTEI klingt vielversprechend. Chef Sonnenborn glänzt im „Profil“: „In Deutschland haben wir versprochen, im Olympiastadion einen Schauprozess gegen Merkel zu führen.“ Cool, wir bringen Grasser und den Ex-Kanzler Schüssel mit. **Franz Neuhold**



Wir sind keine Legomännchen!

In der Vergangenheit gab es immer wieder Kunstprojekte, um auf Probleme hinzuweisen. Eines der neuesten Objekte war die Modellstadt „Hypotopia“, erbaut

eine konsequente Kampagne gegen Sparpolitik nötig. Stattdessen gibt es erneut nur einen Denkanstoß.

Ein solches Projekt kommt aus einer intellektu-

talismus auf Dauer umgesetzt werden, irrt. Derartige Städte gibt es zwar, aber nur für Reiche (z.B. „Gated Communities“).

verhindert, die wirklich etwas verändern könnte.

Gut: BefürworterInnen wollen Veränderung und „etwas tun“.

Besser: Das können sie am besten in konsequenten, politischen Kampagnen gegen die herrschenden Zustände.

Wenn wir in „Hypotopia“ leben wollen, müssen wir uns organisieren.

auf dem Wiener Karlsplatz von Studierenden der Technischen Uni. Dort konnten PassantInnen am Aufbau mitwirken. Der Aufhänger: zeigen, dass jene 19 Milliarden Euro für die Hypo in Form einer Stadt zum Wohle der Menschen statt der Banken viel besser aufgehoben sind. Das geht in die richtige Richtung. Jedoch muss die Welt auch verändert, nicht nur interpretiert werden. In diesem Fall wäre

tuellen Schicht, die vielleicht gute Ideen hat, für die aber Kämpfe der ArbeiterInnen kein Ansatz sind, um etwas zu verändern. Die daher denkt, die Regierung nur „wachrütteln“ zu müssen.

Es liegt am Fehlen einer politischen Alternative bzw. eines generellen Plans, wie soziale Probleme gelöst werden können.

Doch wer glaubt, „Hypotopia“ könne im Kapi-

Die Flucht in Kunstprojekte mag auch an schlechten Erfahrungen in „linken“ Organisationen liegen (mangelnde Demokratie etc.). Aber wenn das zur Folge hat, dass beim Hypotopia-Marsch zum Parlament linke Organisationen unerwünscht waren, ist das schlecht. Denn das ist ein Baustein, der die Entwicklung zu einer organisierten Bewegung

Was es daher braucht, ist eine neue linke ArbeiterInnenpartei, verankert in Betrieben und Gewerkschaften, um Kürzungen zurückzuschlagen und für eine sozialistische Gesellschaft zu kämpfen. Erst dann wird es um die Bedürfnisse der Menschen gehen und „Hypotopia“ verwirklicht werden. Ansonsten wird die Modellstadt nur 100.000 Legomännchen Platz bieten können. **Simon Stockhamer**

Skater aller Länder: Einig gegen Kommerz!

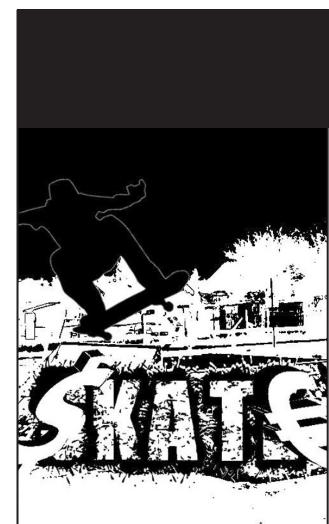
Weltweit wird geskatet, ob auf der Straße oder in der Halle. Mit der Szene entstand in den 1990ern ein profitabler Markt rund um den neuen Sport. So mit konnte mit der Begeisterung der neuen Skate-Generation viel Geld gemacht werden, aus kleinen Boardshops wurden große Unternehmen. Zahlreiche Talente bekamen Profiverträge, konnten somit halbwegs vom Skaten leben, mussten jedoch gleichzeitig den Lifestyle der Sze-

ne vermarkten. Heute haben Riesen wie Adidas und Nike den Markt de facto übernommen. Die Wirtschaftskrise macht auch hier nicht halt, weltweit werden Verträge gekündigt. Wer überleben will, muss den Profit über die Sportbegeisterung stellen. Behalten werden nur Skategrößen wie Tony Hawk. Aufstrebenden Talenten wird der Zugang zum Profisport extrem erschwert.

Doch auch AmateurInnen haben's schwer. Be-

sonders in Österreich wird auf heißem Pflaster geskatet. Gesellschaftlich als Sport kaum anerkannt, wird er auch kaum gefördert. Zwar wurde in Linz die landesweit größte Halle von der Stadt gebaut, der Eintritt beträgt jedoch 3,50 €. In Wien gibt es nur eine privat geführte Halle. Somit heißt es für viele Skater in den kommenden Wintermonaten: Pause oder zahlen. Oder Proteste organisieren...

Stefan Gredler





Kapitalismus: Pest und Cholera

2014: Ebola richtet in Westafrika tausende Menschen zugrunde. Auf Madagaskar bricht die Pest aus. Weltweit haben 880 Millionen Menschen keinen Zugang zu medizinischer Basisversorgung. 17 Millionen Menschen sterben jährlich an heilbaren Krankheiten wie Durchfall, Malaria und Tuberkulose. Immer wieder tötet die Cholera Tausende, wie 2012 in

Behandelt wird nicht, wer oder was es nötig hat, sondern wer oder was Geld bringt. Pharmakonzerne machen mit Krankheiten enorme Gewinne, Prävention wird vernachlässigt. Die Wirtschaftskrise hat die Barbarei dieses Systems auch in den reichen Staaten ans Licht gebracht. Trotz all der Forschung, des Wissens und der medizinischen Möglichkei-

ten bis zu 30 % der ÖsterreicherInnen an Burn-Out-Symptomen. Laut WHO leiden hierzulande ca. 800.000 an Depressionen.

In Europa ist in den letzten Jahren eine beispiellose Welle an Kürzungen und Privatisierungen über die Gesundheitssysteme hereingebrochen. Griechenland ist das extremste Beispiel. Es fehlt

füllte öffentlich Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen machen eine persönliche Betreuung und Begleitung unmöglich. Stationen verkommen zu Massenlagern, PatientInnen werden zu früh entlassen und in der Folge schneller wieder krank. Aus Angst um den Arbeitsplatz gehen immer mehr Menschen krank arbeiten, was zu schweren gesundheitlichen Schäden führen kann. Davon sind besonders auch Beschäftigte im Gesundheitsbereich betroffen. Gerade hier ignorieren die Beschäftigten oft ihre eigenen Bedürfnisse, weil sie sich für ihre KlientInnen verantwortlich fühlen. Diese Selbstausbeutung mag edel wirken, kommt aber ausschließlich den Chefetagen und Besitzern der Einrichtungen zu Gute. Beschäftigte werden genötigt, immer größere Gruppen zu betreuen, Ruhepausen und Maximalarbeitszeiten zu ignorieren und (unbezahlte) Überstun-

den zu leisten. Die Qualität der Betreuung leidet darunter. Die „Angehörigenpflege“ muss ÄrztInnen- und Pflegemangel ausgleichen. Geschätzte 42.700 Jugendliche und Kinder (!) pflegen Angehörige in Österreich. Jetzt wird auch noch der Zugang zum Pflegegeld erschwert und Betten gekürzt.

Diesen „Dreck“ haben alle Parteien am Stecken. Neben der rot-schwarzen Regierung, die SPÖ im Gesundheits- und Sozialministerium, in Wien und der Steiermark. Bemerkenswert sind hier auch die Grünen, die in Koalitionen mit der ÖVP in Oberösterreich und der SPÖ in Wien sind. Dass auch die FPÖ, wo sie kann, solchen Kürzungen zustimmt, wie der oberösterreichischen Spitalsreform, zeigt, dass sie eben keine „soziale Heimatpartei“ ist. Höchste Zeit, diesem kranken System den Kampf anzusagen!

„Gesundheit für Alle“ ist in einer profitorientierten Gesellschaftsform nicht möglich.

Haiti. Die Bekämpfung der Epidemien scheitert oft an fehlenden Ressourcen für simple Hilfsmittel wie Einweghandschuhe. Wir leben in einem System der Profitlogik, der Ausbeutung, der ungerechten Ressourcen- und Reichtumsverteilung. So wird im Kapitalismus auch Gesundheit verwaltet. Die Folgen sind:

ten ist Gesundheit, auch in Europa, Luxus. Laut Europäischem Gesundheitsbericht ist der Gesundheitszustand im ärmeren Osten Europas beträchtlich schlechter als im Westen. Eine deutsche Studie zeigte, dass arme Menschen um mehrere Jahre kürzer leben als Wohlhabendere. Laut Beamtenversicherung lei-

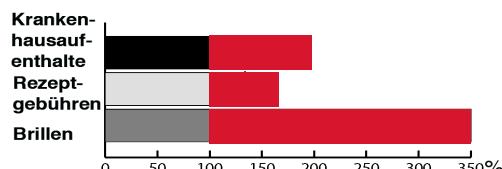
an Allem und die Bevölkerung ist massiv unversorgt. Auch in Österreich zeigen die aktuellen „Reformen“, wohin die Reise geht: Gesundheit ist ein Kostenfaktor, bei dem gekürzt werden soll. Wer sich Selbstbehalte oder private Zusatzversicherungen nicht leisten kann, schaut durch die Finger. Die Folgen: Über-

Kranksein muss sich man sich erst einmal leisten können

Mythos: umfassendes Gesundheitssystem in Österreich

Steigerung der Selbstbehalte

1995 2005



Anteil private Gesundheitsausgaben in Österreich höher (2,5%) als in der EU (inkl. neoliberalen GB und Kürzungsoptiker Griechenland)

Grafik: SH 2014

Zahlen und Fakten:

Ein profitables Geschäft

- Weltweit werden jährlich 5 Billionen durch die Gesundheitsindustrie umgesetzt
- Die Medikamentenpreise stiegen seit 1995 doppelt so stark wie die restlichen Preise

Kürzen bei der Gesundheit

- 2012 wurden 24,7 Milliarden für Gesundheit und Soziales ausgegeben. Die aktuelle Gesundheitsreform sieht Einsparungen von 3,4 Milliarden bis 2016 vor. Zum Vergleich: 30 Euro-MilliardärInnen in Österreich besitzen 100 Milliarden Euro.
- Von Armut betroffene Menschen werden doppelt so oft krank wie Reiche. Sie üben oft körperlich anstrengende Jobs aus, wohnen neben dicht befahrenen Straßen und ernähren sich schlechter. Arme leiden 3x öfter unter der „ManagerInnenkrankheit“ Bluthochdruck als ManagerInnen selbst.
- Durch die Spitalsreformen in Oberösterreich wurden sieben Abteilungen geschlossen und 760 Betten gestrichen, bis 2020 sollen 2,4 Milliarden gekürzt werden. In Wien wurden fünf Krankenhäuser geschlossen oder zusammengelegt.
- Schon jetzt wird der Großteil der Pflegearbeit unbezahlte von Angehörigen geleistet – darunter geschätzte 42.700 Kinder und Jugendliche.

Arbeit macht krank

- Drei Viertel aller Pflegekräfte leiden an Rückenproblemen. Der Großteil geht davon aus, die Arbeit bis zur Pension körperlich nicht durchhalten zu können.
- Die Zahl psychischer Erkrankungen hat sich in den letzten zehn Jahren fast verdreifacht. Hauptgründe sind steigender Arbeits- und Zeitdruck aufgrund von Personalabbau und Umstrukturierungen, finanzielle Probleme („working poor“), weniger Möglichkeit erholsamer Freizeit und sozialer Anbindung. Der Großteil kann sich Psychotherapie nicht leisten. Der Zuschuss der Gebietskrankenkasse liegt bei 21,8 Euro. Die Kosten für eine psychotherapeutische Sitzung: 70-150 Euro. Psychotherapie auf Krankenschein ist Mangel: In ganz Wien gibt es derzeit 2(!) freie Plätze.
- Gleichzeitig werden in Österreich im Jahr rund 840.000 Menschen (2009) Psychopharmaka verschrieben. Sogar 2.180 Kinder zwischen 0-4 Jahren haben 2013 Antidepressiva bekommen.
- 40 % der Beschäftigten in Österreich gehen aus Angst um den Job und fehlende Vertretung krank zur Arbeit.. Burn-Out-Erkrankungen sind immer öfter die Folge – bis zu 30 % leiden hierzulande an Burn-Out-Symptomen.

Im Kapitalismus sind Mensch und Gesundheit Ware

Heute sind die medizinischen Möglichkeiten enorm. Längst wäre es möglich, allen Menschen die medizinische Versorgung zukommen zu lassen, die sie brauchen – unabhängig von Herkunft und Einkommen. Doch im Kapitalismus geht es eben

ten Krieges wurden die westlichen Sozialstaaten ausgebaut, denn der Kapitalismus sah sich in Form des Stalinismus mit einer Systemalternative konfrontiert. So verdorben dieser auch war, zwang er den Kapitalismus, soziale Standards einzuführen, um kei-

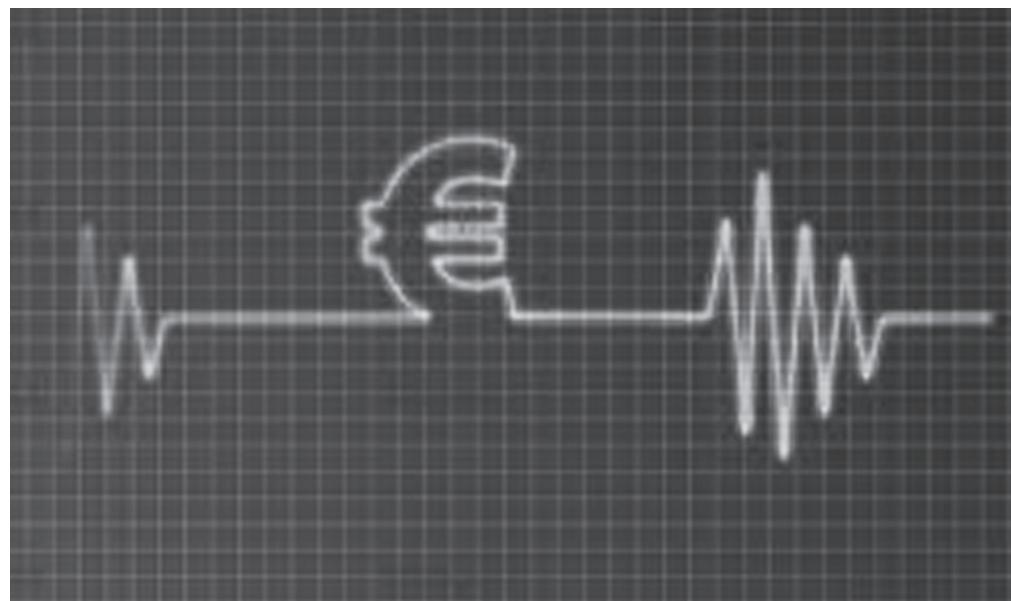
Bei unserer Gesundheit zeigt sich besonders deutlich, dass es im Kapitalismus nur um Profite geht.

nicht um Menschen, sondern um Profite. Wie es um unsere Gesundheit und das Gesundheitswesen insgesamt steht, hängt von der Konjunktur, den Notwendigkeiten des Kapitalismus und der Kampfbereitschaft der ArbeiterInnenbewegung ab:

Als in Deutschland Ende des 19. Jahrhunderts die Versorgungslage von oben verbessert wurde, war das nicht Ausdruck des Humanismus des deutschen Kaiserreichs. Vielmehr war der Gesundheitszustand der Soldaten so schlecht, dass das „Menschenmaterial“ von ungenügender Qualität war. Die revolutionären Nachwehen des 1. Weltkriegs führten zu einem verbesserten Gesundheitswesen, das nicht mehr ausschließlich einer reichen Elite zur Verfügung stand. Unter den Nazis war die „Volksgesundheit“ nur insofern von Bedeutung, als sie (arische) Soldaten für den Eroberungskrieg sicherte. Im Zeitalter des kal-

ten Hoffnungen in den Ostblock zu schüren (wo zwar Diktaturen herrschten, die Menschen jedoch z.B. eine garantierte Gesundheitsversorgung hatten).

Kapitalistische Staaten halten sich kein größeres Gesundheitswesen, als zur Aufrechterhaltung des Bestehenden nötig ist. Es muss also garantiert sein, dass sich die Mehrheit der ArbeiterInnenklasse erhalten kann und arbeitsfähig ist. Dementsprechend sind auch die Methoden des Gesundheitssystems im Kapitalismus. Erstes Ziel ist es, diejenigen, die nicht mehr fähig sind, sich ausbeuten zu lassen, wieder fit genug zu machen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Gleichzeitig macht Kapitalismus krank: 80% aller Beschäftigten sind im Job Gesundheitsrisiken ausgesetzt, eine Million hat bereits arbeitsbedingte Gesundheitsprobleme. Harte körperliche Arbeit (nicht nur am Bau, auch in der Pflege etc.) schä-



amputiert worden – laut den behandelnden Ärzten. Auch in Österreich wird die 2-Klassen-Medizin immer deutlicher.

Aus diesem Phänomen der „industriellen Klinik“ wuchs auch die „klinische Industrie“. Pharmakonzerne scheffeln weltweit Milliarden durch den Verkauf von Medikamenten. An tatsächlicher, umfassender Gesundheit können sie kein Interesse haben, weil ihr Geschäft ja die Krankheit ist. Sie entscheiden,

le von Kürzungen über den staatlichen Gesundheits- und Sozialbereich. Das Geld wird für Bankenrettungen und Unternehmenssubventionen gebraucht. Seit- her wird auch hierzulande das Gesundheitssystem mit „Strukturreformen“ und „Effizienzsteigerung“ immer weiter ausgehöhlt. So wurden Versicherungen, Spitäler und Pflegeeinrichtungen ausgelagert und privatisiert. So wurden Staatsausgaben reduziert, die Kosten mussten die Pa-

Frauen sind von Kürzungen im Gesundheitswesen dreifach betroffen: als Kranke, Pflegende und Beschäftigte.

welche Medikamente verabreicht werden und prägen den Charakter des Gesundheitssystems: „Nicht die Bedürftigkeit der defekten Arbeitskraft, sondern die Profitbedürftigkeit der sie reparierenden Industrien bestimmt Art und Ausmaß des 'Gesundheitswesens'“ (M. Schneider, Klassenkampf und Neurose)

Spätestens mit Ende des Nachkriegsaufschwungs suchte sich das aufgestaute Kapital nicht nur in der Deregulierung von Finanzmärkten profitable Märkte – sondern zunehmend auch im Gesundheitswesen. Gesundheit/Krankheit wurde eine zusätzliche Profitquelle.

Seit den 1980ern, verstärkt seit Beginn der Weltwirtschaftskrise, rollt eine Wel-

tientInnen tragen. Die privaten Gesundheitsversorger profitierten, während sich die Leistungen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verschlechterten. Im ach so sozialen Österreich ist der Anteil der privaten Ausgaben für Gesundheit nun höher als im EU-Schnitt!

Staatliche Strukturen, die mehr boten als der Kapitalismus eigentlich bereit war zu geben (zur Versorgung und Begleitung von Kranken, Beeinträchtigten, Kindern oder älteren Menschen usw.), wurden über Jahrzehnte von der ArbeiterInnenbewegung erkämpft. Sie waren kein Geschenk des bürgerlichen Staates. Sie waren für ihn erträglich, solange der Nachkriegsaufschwung anhielt. Nun werden sie demontiert.



Marx aktuell

Nicht erst seit Beginn der Wirtschaftskrise sinken die Reallöhne in Österreich. Der Kollektivvertragsabschluss der Metaller mit +2,1 % liegt erneut unter der Inflation. Die anderen Branchen werden ähnlich abschließen und den Trend der letzten Jahre fortsetzen.

Wie hoch der Arbeitslohn in der kapitalistischen Produktion ist, hängt nicht von der individuellen Leistung des Arbeiters/der Arbeiterin ab. Für einen festgelegten Lohn stellen die ArbeiterInnen ihre Arbeitskraft jeweils für eine bestimmte Zeit zur Verfügung. Damit werden die ArbeiterInnen selbst zu VerkäuferInnen der eigenen Arbeitskraft und befinden sich mit den Unternehmen in einem Interessenskonflikt. Laut Marx setzt sich die momentane Höhe des Lohnes aus zwei Teilen zusammen. Zum einen ist da das „physische Element“. Das ist die Untergrenze des

Finger weg von unserem historischen Element!

möglichen Lohnes. Darunter hat die ArbeiterInnenklasse zu wenig Geld, um sich dauerhaft zu reproduzieren (also sich zu ernähren, kleiden, erholen und eine nächste Generation zu „produzieren“). Zusätzlich gibt es das „historische Element“, das das Maß an Lebensqualität bezeichnet, das sich die ArbeiterInnenklasse darüber hinaus erkämpft hat. Dieses Maß wird durch die Höhe des Lohns, aber auch durch den Zugang zu Sozialleistungen, Bildung etc. geprägt. In Europa ist das historische Element noch höher als anderswo. Die ArbeiterInnenbewegung war stärker und konnte einen größeren Teil vom Kuchen erkämpfen. Das historische Element ist aber nicht in Stein gemeisselt, sondern hängt vom Kräfteverhältnis zwischen ArbeiterInnen und Kapital ab. Je mehr ArbeiterInnen am Arbeitsmarkt zu Verfügung stehen, umso mehr Druck kann so auch auf den Lohn jedes/r Einzelnen ausgeübt werden. Marx schreibt dazu: „Dies historische oder gesellschaftliche Element, das in den Wert der Arbeit eingeht, kann gestärkt oder geschwächt, ja ganz ausgelöscht werden, so dass nichts übrigbleibt als die physische Grenze.“ (Karl Marx: Lohn, Preis, Profit)

Hier kommt der Gesundheits- und Sozialbereich ins Spiel. Hart ausgedrückt: kranke ArbeiterInnen produzieren den KapitalistInnen keinen Profit. Deshalb verlangt die kapitalistische Logik jemanden, der die Arbeitskräfte arbeitsfähig hält. Traditionell wurden und werden solche Aufgaben Frauen aufgebürdet. Doch der moderne Kapitalismus benötigt daneben professionelle und systematisch organisierte Reproduktionsstrukturen. Die ArbeiterInnen in diesem Bereich produzieren zwar keinen direkten Mehrwert in Form von Waren – z.B. machen Spitäler nur insofern Profite, als sie Menschen wieder „profitabel machen“ – sie sind aber den gleichen Widersprüchen ausgesetzt wie ihre KollegInnen in der Produktion. Auch hier werden Löhne gedrückt und Arbeit intensiviert, um Mehrarbeit rauszupressen. Wird im Gesundheitsbereich gekürzt, ist dies aber auch ein allgemeiner Angriff auf den Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse. Das historische Maß an zugänglicher Gesundheit und Lebensqualität wird für die ganze Klasse gesenkt. Es wird versucht, den Lebensstandard an das „physische Element“ anzunähern. Deswegen ist Widerstand in diesem Bereich nicht nur die Angelegenheit der dort Beschäftigten, sondern ein gemeinsamer Kampf um den Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse.



Krankfeiern statt Gesundschrumpfen?!

Widerstand im Gesundheitsbereich? Geht das überhaupt? Ein Blick auf die Kämpfe der letzten Monate und Jahre zeigt dies eindeutig. An der Berliner Charité, dem größten Universitätsklinikum Europas, erreichte eine wochenlange Streikbewegung 2011 starke Ge-

lung zu mies. Doch viele wollen nicht mehr nur Löcher stopfen und dabei ständig selbst unter die Räder kommen. Auch in Österreich gab und gibt es Widerstand gegen Niedriglöhne und prekäre Verhältnisse. 1987 formierte sich die Basisbewegung „Aktionsgemei-

gen von 10 % und 1.200 zusätzliches Personal an Wiener Spitälern.

Heute ist es wichtiger denn je, an solche Traditionen anzuknüpfen. Denn die Gewerkschaftsführung kritisiert zwar die Kürzungen, akzeptiert aber den „Sparzwang“. In der Folge organisiert die ÖGB-

aleinrichtungen Pro-Mente und Exit Sozial. 2012 gab es erfolgreichen Widerstand gegen die Nulllohnrunde: Mehr als die Hälfte der Wiener Gemeindebediensteten unterschrieben dagegen. Bevor sich die Wut in eine Bewegung entladen konnte, die die GdG-Führung nicht kon-

oder privat. Eine Verbindung der Kämpfe im gesamten Gesundheits- & Sozialbereich, mit gemeinsamen Aktionen bis hin zu Streiks wäre weit schlagkräftiger, als „mal hier, mal da“ zu demonstrieren.

Viele KollegInnen im Gesundheitswesen haben Angst, dass bei Kampfmaßnahmen wie Streiks die PatientInnen oder KlientInnen leiden. Eingangs erwähnte internationale Beispiele beweisen das Gegenteil. Die Notfallpläne in Spitälern oder Betreuungseinrichtungen zeigen wie's geht. Dort ist detailliert festgehalten, wie man eine Notfallbetreuung einrichtet, welches lebensnotwendige Dienste sind und wie man die Station „leerräumt“. Wenn alle Beschäftigten, KlientInnen/PatientInnen und Angehörige in die Aktivitäten einbezogen werden, gemeinsam vorbereitet und entschieden wird, welche Notfalldienste aufrecht bleiben, dann lässt sich nicht nur streiken, sondern auch gewinnen.

Der Gesundheitsbereich ist ein Pulverfass – Arbeitskämpfe sind wahrscheinlich, nötig & möglich.

haltserhöhungen von bis zu 300 €. Gerade entwickelt sich in Britanniens eine Massenbewegung gegen die Zerschlagung des Gesundheitssystems. Die Streiks und Massendemonstrationen haben starken Rückhalt in der Bevölkerung. Selbst unter den unmenschlichsten Bedingungen leisten Beschäftigte im Gesundheitswesen Widerstand, um ihre Arbeitsbedingungen und damit ihre und die Gesundheit ihrer PatientInnen zu verteidigen: Im Zuge der Ebola-Krise streikten PflegerInnen in Liberia, um grundlegende Schutzausrüstung zu fordern.

Geld ist nicht der Grund, warum PflegerInnen & Co im Gesundheitswesen arbeiten, dazu ist die Bezahl-

schaft Pflegepersonal“ (AP). Getragen wurde sie von PflegerInnen, PflegeschülerInnen, SozialistInnen und kritischen GewerkschafterInnen. Ihre Hauptforderungen: „Mehr Geld, mehr Personal, mehr Mitbestimmung!“ Die AP begann mit einer Unterschriftenliste, baute Basisgruppen in verschiedenen Spitälern wie im Otto-Wagner-Spital, dem Wiener AKH und dem St.Anna Kinder-Spital auf. Zusätzlich gab es wöchentliche wienweite Treffen der AktivistInnen. Schließlich organisierte sie eine Demo mit über 3.500 TeilnehmerInnen und trieb die Gewerkschaftsspitzen vor sich her! Die Bilanz der AP im Jahr 1989: Durchschnittliche Gehaltserhöhun-

Bürokratie kaum Widerstand, steht kämpferischen Kampagnen oft im Weg und fällt den eigenen Mitgliedern in den Rücken. Doch die Beschäftigten wollen sich wehren: Wann immer Gewerkschaften zu Protesten aufrufen, wird dieses Angebot von Beschäftigten wahrgenommen. In Österreich gab es in den vergangenen Jahren eine Vielzahl an Protesten gegen Sozialkürzungen: 2011 gab es in der Steiermark Ansätze einer Massenbewegung gegen Kürzungen des Sozialbudgets um 25 %. Ebenfalls 2011 konnten Kürzungen beim Krankenanstaltsverbund durch eine Mobilisierung von über 1.000 KollegInnen verhindert werden. Im selben Jahr gab es Warnstreiks bei den Sozi-

trollierern konnte, wurde die Nulllohnrunde aufgehoben. Ebenfalls 2012 gab es zwei de facto Streiks der Beschäftigten der Salzburger Krankenhäuser gegen die Nulllohnrunde – wieder erfolgreich. 2013 kam es zu Streiks bei den Linzer Ordensspitälern. Seit 2013 heizt die von der SLP initiierte Kampagne „Sozial aber nicht blöd“ der Gewerkschaftsführung ordentlich ein und vernetzt kämpferische KollegInnen.

Um Druck auf Regierungen und Trägerorganisationen zu erzeugen und echte Verbesserungen durchzusetzen, sind breite Bewegungen nötig. Kindergarten, Krankenhäuser, Pflegeheime,... haben im Grunde die gleichen Probleme, egal ob öffentlich

Wels: Nein zu IS und rechter Hetze!

Gemeinsam mit ca. 60 Jugendlichen veranstaltete die SLP am 31.10. in Wels eine große Kundgebung gegen IS und Rassismus. Das Bündnis „Gegen Fundamentalismus und rechte Hetze“, welchem auch AKS, SJ und das D22 angehören (die aber bei den Aktionen kaum anwesend waren), schaffte es innerhalb kürzester Zeit, eine breite Kampagne aus dem Boden zu stampfen. Durch regelmäßige Flyer-Aktionen der Linzer und Welsser GenossInnen am Kaiser-Josefs-Platz verbreitete sich die frohe Botschaft schneller als gedacht. So fand eine der bestbesuchten Kundgebungen der SLP seit Langem statt. In unseren Redebeiträgen thematisierten wir den IS-Terror, welcher auch in Österreich für Angst sorgt. Wir zeigten auf, dass Rassismus und rechte Hetze keine Lösungen für die zunehmende Radikalisierung von Jugendlichen bieten. Sie verschlammern die Probleme der jungen Menschen nur noch, und sind hier wie auch überall sonst fehl am Platz!

Das zeigte sich auch bei der Aktion: junge Menschen türkischer, kurdischer, tschetschenischer und österreichischer Herkunft versammelten sich, um gemeinsam für eine bessere Welt zu kämpfen.

Dominik Unter

fen. Neben den „üblichen Verdächtigen“ fanden sich auch viele neue Gesichter unter den TeilnehmerInnen. Die Begeisterung darüber, dass es endlich eine linke Kampagne in Wels gibt, war beinahe zu spüren. Schließlich führte die SLP die erste linke Anti-IS-Kampagne an, die auch schon überfällig war.

Auch PassantInnen näherten sich immer wieder der Kundgebung, besuchten unseren Info-Tisch und erkundigten sich über die Aktion und unsere Forderungen. Diese waren auch nicht zu übersehen: „Rassismus schafft keine Arbeitsplätze – gemeinsam kämpfen für Jobs und höhere Löhne!“ sagte unser Banner. „Gut, dass ihr endlich das Thema aufgreift. Die Rechten machen das ja alles noch schlimmer!“, so ein solidarischer Radfahrer. Die Kampagne in Wels ist ein guter Startschuss für weitere Aktionen. Noch hetzen Populisten wie Strache gegen Muslims/e, noch werden Arbeitsplätze „outsourced“, noch schließen sich Jugendliche dem IS an. Wir bleiben weiterhin aktiv, mobilisieren in Wels, Linz, und in anderen österreichischen Städten, um gegen den Fundamentalismus des IS und gegen rechte Hetze zu kämpfen.

Dominik Unter



„SJ war zu unpolitisch“

Warum bist du eigentlich ursprünglich in die SJ (SPÖ-Jugendorganisation) gegangen?

Du bist jetzt Mitglied der SLP geworden, was war Grund?

Das erste Mal hab ich die

Interview mit Kristina Čečulović, die in Wels der SLP beigetreten ist.

Einige Freunde waren dort, wir sind hingangen, auch weil es so ziemlich die einzige linke Organisation in Wels ist. Ich wollte politische Arbeit machen, die hat aber nicht wirklich stattgefunden. Die Treffen waren unpolitisch, und wenn es Diskussionen gab, waren die oberflächlich.

SLP bei den Protesten gegen den Burschenbundball wahrgenommen und dann am 1. Mai bei der Aktion gegen Strache. Die erste richtige Aktivität der SJ war die Demo gegen die Videoüberwachung. Aber leider hat sie auch da nicht wirklich eine Kampagne gemacht, das hat erst die SLP getan. Die SJ-Flyer waren erst 2-3 Tage vorher

Sozialistischer Schulsprecher im BRG Salzburg

Am 17.11. wurde der SLP-Aktivist Stefan Reifberger zum Schulsprecher des BRG in Salzburg gewählt. Ursprünglich hatten drei KandidatInnen der ÖVP-Schülerunion die Positionen an sich gerissen – bei einer „Wahl“, die nicht bekannt gemacht wurde und bei der sie die einzigen waren, die antraten – ohne jegliches Programm. Spontan kamen SchülerInnen aus Protest zusammen. MitschülerInnen, Stefan und ich begannen

an den folgenden Tagen damit, Unterschriften für eine Abwahl zu sammeln, bei der 90 % für Ja stimmten. Neuwahlen wurden organisiert. Mit den Forderungen nach SchülerInnenkomitees und Widerstand gegen Bildungskürzungen gelang es Stefan, zu gewinnen. Das beweist, dass sozialistische Forderungen nicht zu „radikal“ sind und das Verwässern des eigenen Programms kontraproduktiv ist.

Max Uhlir

Termin des Monats

Kapitalismus Staat Klasse Nation Kapital Profit
Akku Widerstand Ideologiekritik Thesen Kritik Revolution Warenfetisch
MARXISMUS IM 21. JAHRHUNDERT
Reformismus Expropriation der Expropriateure Ancien Régime Thermidor Imperialismus Stalinismus
Kapitalismus Staat Klasse Nation Kapital Profit
Akkumulation Kritik Mehrwert Permanente Revolution

Die SLP organisiert das marxistische Winterseminar: Am 5.1. beschäftigen wir uns mit der Bedeutung marxistischer Theorie für heute und fragen: Was ist Marxismus überhaupt? Am 6.1. werden wir, vor dem Hintergrund der Entwicklungen in Schottland, Spanien, Israel/Palästina, Ukraine, die Stellung von MarxistInnen zu Nationen und Nationalismus diskutieren. Anmeldungen bitte an slp@slp.at.





Irland: Weg mit dem 8. Amendment!

Angeführt wurde die Aktion von ROSA („für Reproduktionsrechte, gegen Unterdrückung, Sexismus und Sparpolitik“), einer sozialistischen Organisation, die für Frauenbefreiung kämpft und von Frauen der Socialist Party (SP, CWI in Irland) initiiert wurde. Wir hatten - in Irland illegale -

einen Zug von Dublin nach Belfast, um in der Republik verbotene Verhütungsmittel aus Nordirland zu holen. Der 28.10. war der 2. Jahrestag des Tods von Savita Halappanavar. Ihr war eine Abtreibung verwehrt worden, obwohl eine Fehlgeburt unausweichlich war.

Am 28. Oktober kam der „Abortion Pill Train“ in Dublin an - eine Aktion für das Recht auf Abtreibung.

Abtreibungspillen online bestellt, die an SP-Mitglieder in Nordirland geliefert wurden. So machten wir auf die Verfügbarkeit von Pillen in Nordirland aufmerksam. Wir brachen damit offen ein Gesetz, das die Verbreitung von Information über Abtreibungsmöglichkeit außerhalb von individueller Beratung verbietet. Wir brachen auch das Abtreibungsverbot selbst: Im Rahmen der Aktion nahmen mehrere ROSA AktivistInnen die Pillen vor den Medien ein. Der Abortion Pill Train war inspiriert von einer Aktion aus den 1970er Jahren, die zur Legalisierung von Verhütungsmitteln geführt hatte: Damals nahm eine Gruppe von AktivistInnen

Irland ist eines von nur zwei europäischen Ländern, mit komplettem Abtreibungsverbot. Allerdings haben in der jüngsten Zeit Proteste dagegen massiv zugenommen. Gleichzeitig sind Frauenrechte mit der Krise europaweit unter Beschuss. In Irland ist der Staat stark mit der katholischen Kirche verbunden. Das Abtreibungsverbot war 1983 nach einer Kampagne katholischer FundamentalistInnen eingeführt worden. Durch das „8. Amendment“ wird das Leben eines „ungeborenen Kindes“ vom Moment der Zeugung an mit jenem einer erwachsenen Frau gleichgestellt. Später gab es zwei Ergänzungen: Eine erlaubt es Frauen, für Abtreibungen ins Aus-

land zu reisen, eine weitere beschränkt die Information über Abtreibung auf individuelle Beratung, mit strikten Auflagen. Seitdem sind 150.000 Frauen nach Britannien gereist, um abzutreiben. Das Verbot trifft MigrantInnen und Frauen aus der ArbeiterInnenklasse doppelt: Eine solche „Rei-

Niedriglohnjobs unter den OECD Ländern. Je niedriger die Löhne von Frauen, desto stärker sind sie vom Partner abhängig.

Die Aktion hat enorm positive Reaktionen ausgelöst. Vor der Aktion hat die sozialistische Abgeordnete Ruth Coppinger (SP/AAA) einen Antrag zur Abschaffung des 8. Amendment im Parlament eingebracht. Bei der Aktion selbst trauten sich die Polizei nicht einzutreten, auch die „Pro-Life“ Fundis haben sich nicht zu Wort gemeldet. Für uns zeigt das die Schwäche des Establishments angesichts einer sich wandelnden öffentlichen Wahrnehmung. Fast zwei Drittel der Bevölkerung unterstützen ein Referendum über das 8. Amendment. ROSA ist die einzige Pro-Choice-Gruppe, die im Moment ein Referendum für den Frühling 2015 fordert. Um Unterstützung zu sammeln, halten wir wöchentliche Infostände im Stadtzentrum Dublins ab.

Eines der Hauptziele von ROSA ist der Kampf gegen Sparpolitik - wie schon der Name sagt. Wir verbinden den Kampf gegen Frauenunterdrückung mit dem Kampf für Sozialismus. Wir greifen die Frage von Frauenbefreiung von einem

Klassenstandpunkt aus auf. Der Kampf für das Recht auf Abtreibung ist Teil des Klassenkampfs von Frauen. Wir fordern daher kostenlose Verhütungsmittel sowie die kostenlose Durchführung von Abtreibungen durch das irische Gesundheitssystem. Wir unterscheiden uns dadurch von liberalen FeministInnen, die sich mit Fragen befassten, die Frauen der herrschenden Klasse betreffen, wie Frauen in Führungspositionen etc. Frauen waren und sind an der Front des Kampfs gegen Wassergebühren. Die Socialist Party und Anti-Austerity-Alliance sind mit ihren drei ParlamentarierInnen Joe Higgins, Ruth Coppinger und Paul Murphy eine führende Kraft in diesem Kampf. ROSA nahm mit einem lebhaften Block an der 100.000 Menschen starken Demonstration gegen Wassergebühren teil. ROSA fordert nicht nur ein Ende des Sozialabbaus und den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen, sondern auch höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen für Frauen. Nur so können tatsächlich gleiche Rechte für Frauen und eine echte Wahlfreiheit erkämpft werden.

Diana O'Dwyer
www.socialistparty.ie

Mexiko: „Ya me cansé del miedo“ *

43 linke Studierende auf dem Weg nach Mexiko-City verschwanden. Das mobilisiert Jugendliche, Menschenrechts- und Selbstverteidigungsgruppen sowie Gewerkschaften zu Tausenden. Die militärischen Proteste mit Straßenblockaden und Besetzungen wachsen trotz massiver Repression von Woche zu Woche und weiteten sich auf das ganze Land aus.

Sie richten sich gegen den Unwillen der Justiz, den Fall aufzuklären, obwohl Mitglieder der kriminellen Vereinigung „Guerreros Unidos“ gestanden, die Jugendlichen ermordet und verbrannt zu haben.

Seit dem Abschluss des Freihandelsabkommens NAFTA (USA, Kanada, Mexiko) versucht Mexiko mit einem rigiden Sparkurs die Wettbewerbsnachteile auszugleichen. Es entstand eine explosive soziale Lage, die immer wieder zu teils sehr militant geführten Massenbewegungen führt. Nur durch blutige Unterdrückung konnte die Staatsmacht die Ruhe wieder herstellen.

Dafür hat der Staat aufgerüstet – offiziell im Kampf gegen die Drogenkartelle. Tatsächlich richtet sich die Repression gegen Jugendliche, GewerkschafterInnen und Linke. Gleichzeitig engagieren Unternehmen und PolitikerInnen Banden

wie die „Guerreros Unidos“ und korrupte Polizisten, um unliebsame GewerkschafterInnen und BauernführerInnen zu ermorden und deren Familien zu terrorisieren. An die 100.000 sind in den letzten acht Jahren „verschwunden“. So hat sich ein Filz von UnternehmerInnen, Kriminellen, korrupten Polizisten und PolitikerInnen („narco poder“) gebildet, der sich über Schutzgeld und Drogenhandel finanziert.

Die Proteste schaffen neues Selbstbewusstsein. Sie verlangen den Rücktritt des Präsidenten und eine vollständige Trockenlegung des „narco poder“. Die LehrerInnen-Gewerkschaft Celeg besetzte im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und mehr Geld für Bildung das Büro des regionalen Bildungsministeriums in Chilapancingo, auch Studierende fordern mehr Geld.

Die mexikanische ArbeiterInnen-Klasse benötigt dringend eine eigene Partei mit sozialistischem Programm, um die sozialen, gewerkschaftlichen und politischen Einzelkämpfe zu einem organisierten Generalangriff gegen das überfaule kapitalistische System und seine Statthalter zu vereinen und zum Sieg zu führen.

Gerhard Ziegler

* „Ich habe meine Angst verloren“



USA: Wieder 16 % für Sozialistin

„Wenn Wahlen etwas ändern würden, dann wären sie verboten“, sagte einst die Anarchistin Emma Goldman. Es scheint

das Amt des Speaker of the House im Staat Washington kandidiert. Ihr Gegner, Frank Chopp, wurde von Unternehmen massiv

Programm in den USA ein weiterer beachtlicher Erfolg.

Wenn SozialistInnen zu Wahlen antreten, geht es

Die Sozialistin Jess Spear machte den Kampf gegen Klimawandel & hohe Mieten populär.

immer nur die Wahl zwischen Pest und Cholera zu geben.

Dennoch gibt es Situationen, die sich vom „Normalbetrieb“ abheben, wie der Sieg der Sozialistin Kshama Sawant, Mitglied der Socialist Alternative (CWI-USA), in Seattle. Sie ist das Sprachrohr einer starken Bewegung, die einen Mindestlohn von 15 \$ erkämpfte. Ihre Genossin Jess Spear ist Teil dieser Bewegung und hat für

unterstützt – man wollte sich keine „zweite Kshama“ leisten.

Durch ihren Wahlkampf mussten Themen wie Mietobergrenzen, die globale Erwärmung und das unterfinanzierte Bildungssystem in der ganzen Stadt angesprochen werden. Die Fernsehdebatten machten sozialistische Ideen einer breiten Masse zugänglich. Auch wenn sie nicht gewann, sind 16 % für ein sozialistisches

nicht nur um Stimmen. Wir glauben nicht, dass sich die Gesellschaft allein dadurch verändert, dass die richtigen Leute gewählt werden. Stattdessen wollen wir einer möglichst breiten Schicht von ArbeiterInnen und Jugendlichen unsere Ideen zugänglich machen. Nur im Kampf auf der Straße, in den Betrieben und Schulen können die derzeitigen Verhältnisse überwunden werden.

Berenike Spilka

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

GR: Linker Gewerkschafter

Am 12. November fanden die Wahlen für die Gewerkschaftsvertretung im Athener Amt für Kultur, Sport und Jugend (OPANDA) statt. Dionysis Christopoulos, ein Kandidat von „Xekinima“ (CWI Griechenland), konnte sich gegen einen Kandidaten der konservativen Gewerkschaftsfaktion DAKE durchsetzen. DAKE steht der Regierungspartei ND nahe. Ähnlich wie die FCG dominierte sie lange OPANDA und andere Tei-

le des Öffentlichen Diensts. Dionysis jedoch stand oft an vorderster Front von Arbeitskämpfen im Öffentlichen Dienst und gewann durch ein glaubwürdiges, kämpferisches Programm, in dem er die Zusammenarbeit der Beschäftigten in verschiedenen Bereichen betonte. Das zeigt die Kampfbereitschaft der Beschäftigten und die Möglichkeit, auch konservativ dominierte Gewerkschaften zurückzuerobern!

www.xekinima.org

Belgien: Massendemonstration

Die Kürzungspolitik der Regierung in Belgien hat zur größten Gewerkschaftsdemonstration seit 1986 geführt. Über 120.000 Menschen marschierten am 6. November durch Brüssel; die Mitglieder des CWI in Belgien (LSP/PSL) waren mit fast 200 AktivistInnen vom Anfang an bei Demos und Streiks dabei und verkauften in den ersten Tagen 650 Zeitungen. Sie organisierten Betriebsversammlungen, um die nächsten Schritte

vorzubereiten, damit der Streik nicht nur ein Aufruf der Gewerkschaft, sondern ein Streik der Beschäftigten selbst ist. Die Bewegung wächst und umfasst die Industrie ebenso wie den Bildungs- und Gesundheitsbereich. LSP/PSL arbeitet am Aufbau einer Bewegung, die nicht nur die neoliberalen Regierung, sondern das gesamte Konzept neoliberaler Kürzungspolitik zu Fall bringt.

www.socialisme.be

Deutschland

Am 8.–9.11. fanden in London die alljährlichen Sozialismus-Tage der „Socialist Party“ (CWI in England und Wales) statt. Über 1.000 SozialistInnen und linke AktivistInnen kamen, um über Sozialismus, Widerstand gegen Kürzungen und internationale Bewegungen zu diskutieren. Unter den SprecherInnen: Der linke Gewerkschaftsführer Mark Serwotka und die US-Sozialistin Kshama Sawant.

www.socialistparty.org.uk

"Eure Ordnung ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon rasselnd wieder in die Höh' richten und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden: Ich war, ich bin, ich werde sein!"



Von den seltsamen FreundInnen Rosa Luxemburg's

Über das Andenken an eine große marxistische Revolutionärin und Theoretikerin.

Kommenden Jänner jährt sich die Ermordung Rosa Luxemburgs durch Freikorpseinheiten auf Befehl von Friedrich Eberts SPD zum 96. mal. Da wird die große Revolutionärin wieder von allen möglichen politischen Lagern vereinnahmt werden. Oft wird Luxemburg als "vernünftige, gute Linke" den russischen Bolschewiki als "unvernünftigen, diktatorischen Linken" gegenübergestellt. So wird der Eindruck erweckt, als ob sie eine linksliberaler Demokratin gewesen sei. Als Begründung wird dafür meist die nach ihrem Tod veröffentlichte Schrift "Zur russischen Revolution" herangezogen. Darin übte sie Kritik an einigen Maßnahmen Lenins und der jungen bolschewistischen Regierung, besonders an der Unterdrückung der oppositionellen Presse. Aber erstens geht aus diesem Text ganz und gar nicht hervor, dass Luxemburg das Konzept einer sozialistischen Revolution durch eine disziplinierte proletarische Klassenpartei abgelehnt habe. Im Gegenteil: Sie erkennt ausdrücklich die welthistorische Bedeutung dieser ersten erfolgreichen sozialistischen ArbeiterIn-

nenrevolution an. Zweitens hat sich Luxemburg, als sie an der Spitze eines Revolutionsversuchs in Deutschland stand, als echte Revolutionärin intuitiv genauso wie Lenin verhalten und als eine der ersten Maßnahmen die Redaktion der sozialdemokratischen Zeitung besetzen lassen, von wo aus Desinformation und Hetze gegen die KommunistInnen verbreitet worden war.

Ihr ganzes Leben und Wirken war geprägt vom Kampf gegen den Reformismus, der sich in der sich damals noch als marxistisch verstehenden SPD breitzumachen begann. In "Sozialreform oder Revolution?", das bis heute nichts von seiner Aktualität verloren hat, legt Luxemburg 1899 dar, dass Kapitalismus mit menschlichem Antlitz eine Illusion ist. Sie zeigt, dass die wirtschaftlichen Gesetze des Kapitalismus dafür sorgen, dass alle auf parlamentarischem Wege errungenen Verbesserungen bei Lohn, Pension, Arbeitslosengeld usw. zwar notwendig, aber nicht hinreichend sind. Sie beweist, dass sie für sich genommen nicht zum Sozialismus hinführen und jeder-

zeit von den KapitalistInnen wieder zurückgezogen werden können, sobald eine der unvermeidlichen Krisen ihnen deren Finanzierung zu schwer macht. Für Luxemburg steht fest: MarxistInnen müssen soziale Reformen unterstützen, aber diese können niemals die notwendige Revolution der ArbeiterInnen ersetzen. Nur diese ist in der Lage, den Kapitalismus zu überwinden. Eine Partei, die diese Grundtatsache marxistischer Theorie nicht verstehe, höre auf, sozialistisch zu sein und werde zu einer den ArbeiterInnen feindlichen liberalen Kraft. Diese Gefahr sah sie schon damals für die SPD, in der Eduard Bernstein und seine ideo-logischen Verbündeten den revolutionären Marxismus entsorgten und propagierten, die Partei solle sich nur für friedliche Reformen im Rahmen des bestehenden politischen Systems einsetzen. Mit ihren Befürchtungen sollte sie nur allzu Recht behalten: Die Sozialdemokratie unterstützte zuerst den imperialistischen Weltkrieg, schoss anschließend die nach ihm ausbrechenden proletarischen Aufstände nieder und verabschiede-

te sich schließlich ganz von der marxistischen Theorie. Kompromisslos stellt Luxemburg fest: Eine marxistische Partei gehört an die Spitze der proletarischen Revolution und unter keinen Umständen in eine Regierung mit bürgerlichen Parteien. Umso skurriler ist es, wenn sich heute SozialdemokratInnen auf Luxemburg be rufen, denen eine proletarische Revolution fern, pfründenreiche Regierungsbeteiligungen aber nah sind. Ebenso absonderlich ist die Vorliebe vieler AnarchistInnen für Luxemburg. Mit pauschaler "Anti-Partei-Politik" hatte Luxemburg nichts zu tun. Stattdessen betonte sie immer wieder den prinzipiellen Unterschied zwischen dem Kampf um parlamentarische Präsenz, die für MarxistInnen von hoher agitatorischer Bedeutung sei, und der für MarxistInnen inakzeptablen Regierungsbeteiligung mit bürgerlichen Parteien. Auf die Frage "Sozialreform oder Revolution?" antwortet Luxemburg: "Sowohl als auch."

Schon ein oberflächlicher Blick auf ihr Werk und Leben zeigt, dass es trotz ihrer

Differenzen mit Lenin z.B. bezüglich der Nationalen Frage lächerlich ist, wenn sie ausgerechnet von jenen ideologischen Strömungen für sich in Anspruch genommen wird, die sie ihr Leben lang in Wort und Tat bekämpft hat. Befremdlich ist es auch, wenn heute NeostalinistInnen meinen, Luxemburg für sich reklamieren zu können: Ausgerechnet Stalin, der 1917 für eine Fusion (!) mit den linksreformistischen Kräften in Russland plädiert hatte, verunglimpft Luxemburg in einem Aufsatz als antibolschewistische „Trotzkistin“ (Im beleidigenden Sinne, wie StalinistInnen diesen Begriff verstehen). Während Trotzki die großen Verdienste Luxemburgs als Theoretikerin und Revolutionärin immer gewürdigt hat, wurde sie in der stalinistischen Sowjetunion meist totgeschwiegen oder als Pseudo-Marxistin diffamiert.

Das Andenken an Rosa Luxemburg gehört rechtmäßig den klassenbewussten ArbeiterInnen der ganzen Welt. Und ganz sicher nicht BürokratInnen sozialdemokratischer oder stalinistischer Art.

Fabian Lehr

SLP-Programm genau erklärt:

Für die Verstaatlichung von Energiekonzernen unter der demokratischen Kontrolle und der Verwaltung von KonsumentInnen, Beschäftigten sowie der ArbeiterInnenbewegung.

Energie demokratisieren!

Im Winter ist es draußen kalt. Bei manchen Menschen auch in der Wohnung. Jährlich erfrieren in Europa hunderte Menschen. Billigen Strom bekommen heute nur große Firmen. Sind Stromerzeuger in privater Hand, machen sie mit menschlichen Grundbedürfnissen Profit. Ökologische oder soziale Überlegungen sind zweitrangig.

Im Zuge der EU-weiten Strommarktliberalisierung

wurden günstigere Tarife versprochen (Stichwort: Konkurrenz) – aber die Ausgaben für Energie steigen. Aktuell werden unter Beteiligung aller Parlamentsparteien Energieanbieter privatisiert. Aber die

vielen privaten Energieanbieter, Netzbetreiber und Erzeuger wollen verdienen, das zahlen die VerbraucherInnen.

Energiekonzerne in öffentlicher Hand können effizienter, ökologischer und sozialer sein. Es geht dann nicht um Profite – dann wird nicht in umweltzerstörende Atomkraft investiert, dann muss niemand im Kalten sitzen, weil er/sie die Rechnung nicht bezahlen kann.

„Nicht alles gefallen lassen!“

Ich arbeite als Kellnerin, und mir ist immer klarer geworden, dass ich mir so viele Dinge, die mir als Frau, speziell als Kellnerin, passieren, nicht gefallen lassen muss, und dass es auch nicht „normal“ ist, so behandelt zu werden. Mit der SLP kann ich mich gemeinsam mit anderen für Frauenrechte einsetzen und gegen Sexismus kämpfen. Ein weiterer Punkt für meinen Beitritt war die

Demo am 1. Mai. Dieses Gefühl, dass dort unglaublich viele Menschen waren, die alle für das gleiche kämpfen wie du selbst war großartig. Gemeinsam für eine Sache zu kämpfen war auch auf der Konferenz ein wichtiger Punkt, genauso wie die Mitglieder aus ganz Österreich und die internationalen Gäste kennenzulernen, wie Laura aus Irland, die dort für Frauenrechte kämpft. Es

ist nicht immer leicht, in einer Organisation wie der SLP zu sein, aber für mich ist es sehr wichtig zu sehen, dass ich mich selbst weiterentwickeln kann, mittlerweile ein Referat gehalten habe und mich besser in Diskussionen einbringe. Für mich war es sicher kein leichter Schritt, aber ein wichtiger.

Nicole Jessica Trauntschnig,
21, Kellnerin

Revolution braucht Programm: Das neue Grundsatzprogramm der SLP!

Auf der Bundeskonferenz am 10./11. Oktober wurde das neue Grundsatzprogramm der SLP beschlossen. Die aktualisierte und erweiterte Version des bisherigen Programms fasst unsere grundlegenden Positionen zusammen und formuliert unsere Antworten auf Krise, Kriege, Kapitalismus, Rassismus und Sexismus. Das Programm

der SLP ist die zentrale und umfassendste Darstellung unserer Ideen. In klarer und verständlicher Sprache präsentieren wir die Ansichten und Aufgaben von SozialistInnen im 21. Jahrhundert. Denn heute ist es notwendiger denn je, den kapitalistischen Wahnsinn zu beenden und eine sozialistische, demokratische Gesellschaft aufzubauen.



Ab jetzt um EUR 2,-: „Den Wahnsinn des Kapitalismus beenden – Sozialismus erkämpfen!“

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Wiener Café'
Esplanade Gmunden

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
Regelmäßige Treffen,
Termin und Ort
bitte unter slp.at nachfragen.

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Alte Welt', Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Shakespeare'
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

NIEDERÖST. & TIROL

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP Wien-West
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
Buchhandlung 'Libreria Utopia'
15., Preisingergasse 26-28
(Nähe U3 Schweglerstraße)

SLP Wien-Nord

jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
in der 'Bäckerei Sesam'
20., Wallensteinstr. / Treustraße
(Nähe U4 Friedensbrücke)

SLP Wien-Mitte

jeweils Donnerstag, 18³⁰ Uhr
im 'Kebab-Haus'
4.; Operngasse 26
(Nähe U1/U2/U4 Karlsplatz)



Zahlreiche
Termine und
Veranstaltungshinweise
auf www.slp.at

Andere über uns



Die wichtigsten Organisationen der Illuminati (NWO)!

Verschwörungstheoretiker haben die SLP auf „solarisweb.at“ nun endgültig als Teil der Illuminati-Weltverschwörung entlarvt und führen als Beweis unsere Zugehörigkeit zu der internationalen sozialistischen Organisation CWI an. Die Vorstellung einer (jüdisch)-bolzschewistischen Weltverschwörung ist alt und wird von rechten Kreisen immer wieder aufgekocht – wahrer wird sie dadurch allerdings nicht.

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- Normal-Abo

€ 14,- Sozial-Abo für Menschen ohne eigenem Einkommen ab € 7,-/Monat: Alles Inklusive Abo (alle Publikationen der SLP)



Wir fordern: Leistbare Wohnungen für Alle!

VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



Untypisch, aber großartig - die Demo vom 21.11.

Mehr auf Seite 5

Nein zum Ball der rechten Elite!

Jugendliche und Arbeitslose, GewerkschafterInnen und BetriebsrätInnen können den Ball verhindern.

Am 30.1.2015 organisiert die FPÖ wieder ihren „Akademikerball“ in der Hofburg: ein Vernetzungstreffen für Rechtsextreme aus ganz Europa. Rechte Parteien geben sich gern als Vertretung des „kleinen Mannes“ und machen doch Politik für die Reichen. Die FPÖ kürzt, wann immer sie die Möglichkeit hat, bei ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen. Da ist es nicht überraschend, wenn Straße & Co. mit Gehältern von über 200.000 € gegen eine Reichensteuer sind und es zahlreiche Korruptionsfälle auch in der FPÖ gibt.

Burschenschafter sind das Rückgrat der FPÖ. Das sind Elite-Vereine für reiche, weiße Männer, die durch ihre Kontakte in Staat

und Justiz die Interessen von Banken und Konzernen vertreten. Umso wichtiger ist es, dass wir alle gemeinsam gegen die FPÖ und ihren Burschenschafterball auf die Straße gehen! Weil sich dort Rechtsextreme treffen UND weil dort die neoliberalen Kürzungsfanatiker zusammenkommen.

Deshalb organisiert die SLP eine Demonstration vom Wallensteinplatz (Wien 20.) zu den Protesten gegen den Ball. Gerade die Bezirke, die besonders von Armut, Wohnungsnot und Sozialabbau betroffen sind, müssen ein Zeichen setzen: Rassismus schafft keine Jobs oder leistbaren Wohnen, dafür braucht es eine sozialistische Alternative.

Christoph Glanninger



- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche - d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbefristeten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitäler in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik,

sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.